Die Schweiz im internationalen Vergleich: Tiefe Steuern für hohe Einkommen und Unternehmen

Andres Frick

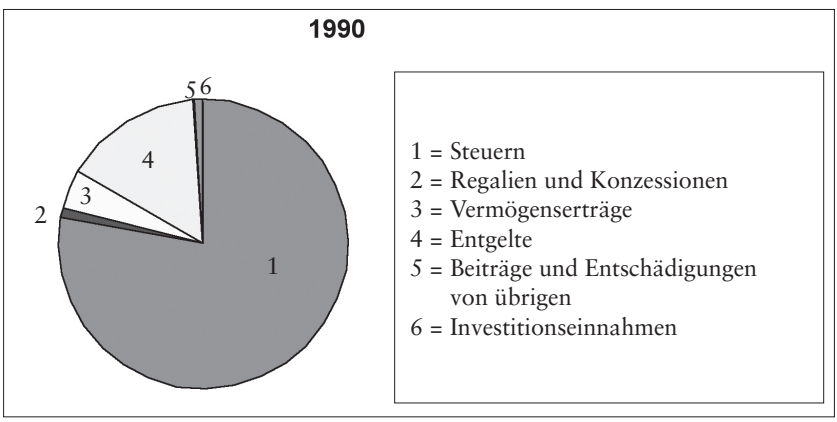
Steuern in der Schweiz

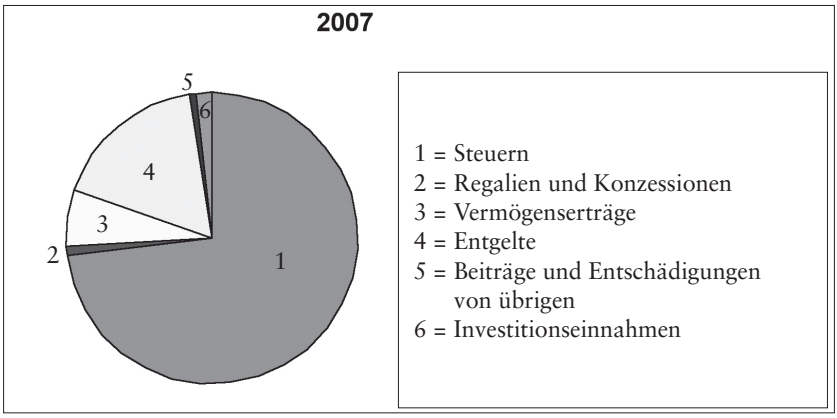
Die Einnahmen des schweizerischen Staates (Bund, Kantone und Gemeinden zusammen) beliefen sich im Jahr 2007 auf 156.6 Mrd. Fr. oder 30.1% des BIP. Je rund 30% davon gingen an Bund und Gemeinden, 40% an die Kantone. Zusätzliche 52.4 Mrd. Fr. (10.1% des BIP) gingen in Form von Sozialbeiträgen and die staatlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO und ALV).

Mit 114.5 Mrd. Fr. (73.1%) entfiel der grösste Teil der Einnahmen des Staates auf die Steuern. Die zweitwichtigste Einnahmenquelle sind mit 27.1 Mrd. Fr. (17.3%) die Entgelte; darunter fallen z.B. Gebühren für Amtshandlungen oder Spital- und Heimtaxen. Die übrigen 9.6% verteilen sich auf Konzessionseinnahmen, Vermögenserträge, Beiträge und Entschädigungen Dritter sowie auf Investitionseinnahmen. Zwischen 1990 und 2007 hat der Anteil der Steuern um 4.7 Prozentpunkte abgenommen, die Anteile der Entgelte und der übrigen Einnahmen nahmen um 1.8 bzw. 2.9 Prozentpunkte zu.

Bei den Steuern haben die Einkommenssteuern mit 41.3% klar die grösste Bedeutung. An zweiter Stelle liegen mit 26.6% die Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Zölle usw.), zu

Grafik 1: Gliederung der Staatseinnahmen der Schweiz 1990 und 2007
Quelle: BFS, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2007





denen noch die Motorfahrzeugsteuer (1.7%) hinzugezählt werden kann. Es folgen an dritter Stelle die Ertragssteuern der Unternehmen (14.1%). Die Vermögenssteuern der Haushalte tragen 4.6%, die Kapitalsteuern der Unternehmen 1.5% zum Steuertotal bei. Der Rest (10.2%) entfällt auf weitere Steuern auf dem Besitz von bzw. dem Ertrag aus Vermögen. Auffallend niedrige Anteile weisen die Grundsteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuern (je 0.8%) auf.

Von 1990 bis 2007 nahm der Anteil der Ertragssteuern um 4.8 Prozentpunkte zu, während der Anteil der Kapitalsteuern leicht zurückging (-0.8).[1] Einer Abnahme bei den Einkommenssteuern (-1.2) stand eine Zunahme bei den Verbrauchssteuern (2.0) gegenüber. Das Gewicht der Vermögenssteuer nahm um 1.2 Prozentpunkte zu, das der Vermögensgewinnsteuer (-1.9), der Vermögensverkehrssteuern (-0.8) und der Erbschaftssteuer (-0.6) ab. Die Verrechnungssteuer unterliegt grossen Schwankungen, so dass keine klare Tendenz aus-

Tabelle 1: Anteile der Steuerarten am Total der Steuereinnahmen der Schweiz 1990–2007

	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007
Einkommenssteuern	42.5	46.3	39.2	43.1	42.8	41.1	41.3
Vermögenssteuern	3.4	4.0	4.1	4.6	4.5	4.5	4.6
Ertragssteuern	9.3	8.7	11.8	10.9	11.1	13.6	14.1
Kapitalsteuern	2.3	2.2	1.4	1.6	1.4	1.4	1.5
Grundsteuern	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Verrechnungssteuern	6.3	2.7	6.5	2.7	3.9	3.6	3.7
Vermögensgewinnsteuern	3.1	1.7	1.0	1.1	1.1	1.1	1.2
Vermögensverkehrssteuern	4.4	3.2	5.4	3.9	3.6	3.6	3.6
Erbschafts-/Schenkungssteuern	1.4	1.4	1.3	1.1	0.9	0.8	0.8
Besitz- und Aufwandsteuern	2.0	2.1	1.9	2.0	2.0	1.9	1.8
Motorfahrzeugsteuer	1.8	1.9	1.8	1.9	1.8	1.8	1.7
Übrige	0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Verbrauchssteuern, Abgaben, Zölle	24.7	26.9	26.7	28.2	28.0	27.5	26.6

Quelle: BFS, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2007

zumachen ist. Per Saldo hat der Anteil der Unternehmenssteuern und der Steuern auf Einkommen und Verbrauch zugenommen, derjenige der Steuern aus Vermögen abgenommen.

Internationaler Vergleich

Wie präsentieren sich die Höhe und Struktur der Steuern der Schweiz im Vergleich? Es gibt zwei Vorgehensweisen um diese Frage zu beantworten. Eine Methode besteht im Vergleich von Steuersätzen (Durchschnitts- bzw. Grenzsteuersätze), wie er z.B. von der KPMG oder von BAK/ZEW gemacht wird. Wegen der Vielzahl von Steuersätzen, Abzugsmöglichkeiten und Ausnahmeregelungen ist dies allerdings ein aufwändiges Verfahren, das nur für beispielhafte Fälle (vergleichbare Typen von Steuertatbeständen) praktikabel ist. Allein schon für die Schweiz besteht das Problem, dass jede der rund 2600 Gemeinden eine andere Steuerbelastung aufweist.

Eine zweite Methode besteht im Vergleich der effektiven Steuereingänge in Relation zu einer Vergleichsbasis wie dem BIP. Auf diese Methode soll hier zunächst abgestellt werden. Auch sie ist mit verschiedenen Problemen verbunden, was bei der Beurteilung zu berücksichtigen ist:

- Institutionelle Unterschiede zwischen den Ländern beeinflussen die Höhe der Steuerbelastung. Zum Beispiel unterscheidet sich das Ausmass, in dem öffentliche Leistungen (Service pu-blic) im Subventionsverhältnis von Privaten erbracht werden, nach Ländern. Wird z.B. ein Spital staatlich betrieben, gehen die gesamten Ausgaben (aber auch die Einnahmen) ins staatliche Budget ein. Ist das Spital dagegen privat organisiert aber von öffentlichen Subventionen getragen, erscheinen nur diese Subventionen im staatlichen Budget. Auch wenn die Nettofinanzierung des Spitals durch den Staat in beiden Fällen gleich hoch ist, erscheint im ersten Fall mit der Bruttoverbuchung das Gewicht des Staates höher. Ein weiteres Beispiel betrifft die Frage, ob auf Sozialleistungen Steuern erhoben werden oder nicht. Ist dies der Fall, müssen die Sozialleistungen höher sein, um das gleiche Ziel (die Existenzsicherung) zu gewährleisten. Auch hier kommt es zu einer Ausweitung des Staatsbudgets, ohne dass sich am Ergebnis etwas ändert.
- Politische Ziele können mit fiskalischen oder mit nicht-fiskalischen Mitteln erreicht werden. Zum Beispiel können Umweltschutzziele mittels gesetzlicher Vorschriften oder mit Steuerungsabgaben und Subventionen anvisiert werden, mit jeweils unterschiedlichen Folgen für die Staatshaushalte.

- Es gibt auch Unterschiede im Ausmass, in dem für staatliche Leistungen Gebühren (Entgelte) verlangt werden, die in der Statistik nicht unter den Steuern figurieren. Hohe Gebühren reduzieren den Bedarf nach Steuereinnahmen, stellen aber gleichwohl eine Belastung der Steuerzahler dar.
- Wird die fiskalische Belastung inklusive der Sozialversicherungen dargestellt, stellt sich das Problem, dass in der Schweiz die Krankenversicherung und ein Teil der obligatorischen Altersvorsorge (2. Säule) privat organisiert sind, so dass die entsprechenden Beiträge nicht enthalten sind.

Das BIP als Vergleichsbasis hat den Vorteil der einfachen Datenverfügbarkeit. Ein Nachteil ist, dass das BIP die inländische Wertschöpfung misst, die Steuern aber teilweise auf Einkommen anfallen, welche im Ausland generiert worden sind. Dies trifft ausgeprägt für die Schweiz mit ihrem relativ hohen Anteil an Holdinggesellschaften, durch Schweizer Banken verwalteten Vermögen und Pauschalbesteuerungen von Ausländern zu. In der Konsequenz wird die Steuerquote (Relation der Steuereinkommen zum BIP) höher ausgewiesen, als es aufgrund der Steuersätze angezeigt wäre.

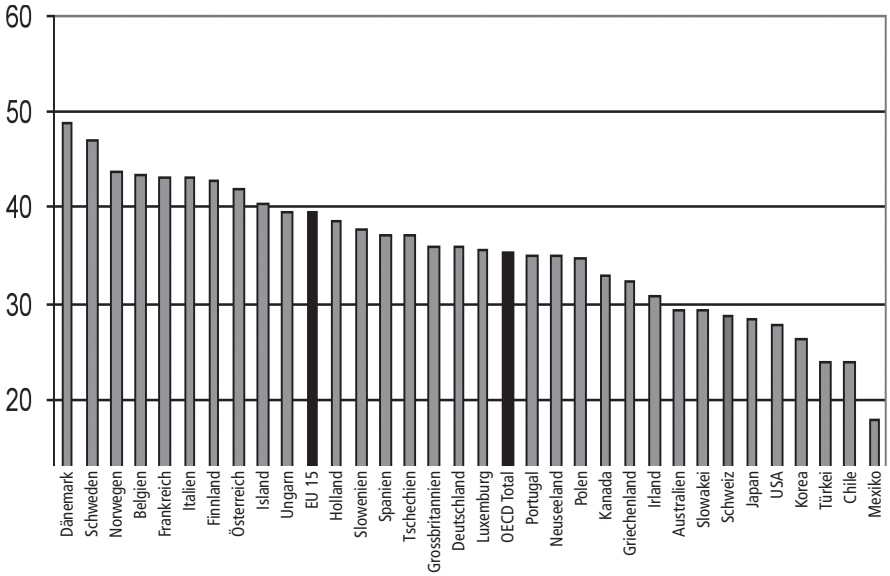
Fiskalquoten

Die Bedeutung des Staates gemessen am BIP kann mit Hilfe verschiedener Quoten dargestellt werden: Die Steuerquote misst das Gewicht der gesamten Steuereinnahmen, die Fiskalquote enthält zusätzlich die Sozialversicherungsbeiträge und die Staatsquote bringt das Gewicht der gesamten Staatsausgaben zum Ausdruck, welche abgesehen von etwaigen Defiziten oder Überschüssen den gesamten Staatseinnahmen entsprechen.

Grafik 2 zeigt die Fiskalquoten der Länder der OECD im Jahr 2007. Die Schweiz liegt mit einer Quote von 28.9% am unteren Rand. Über dem OECD-Durchschnitt (35.4%)[2] liegen die 15 Länder der EU vor der Osterweiterung. Spitzenreiter sind die nordischen Länder, allen voran Dänemark mit einer Quote von 49%, während die angelsächsischen Länder eher unterdurchschnittliche Werte aufweisen.

Seit dem Jahr 1965 sind die Fiskalquoten im OECD-Durchschnitt um gut 10 Prozentpunkte angestiegen (Tabelle 2). Der Anstieg hat sich nach 1985 verflacht, und seit 2000 sind die Fiskalquoten im Durchschnitt der OECD-Länder sogar wieder leicht rückläufig. In der Schweiz verlief der Anstieg zeitlich verschoben. Die Zunahme erfolgte hier in den 1990er Jahren. Auch hier ist seit 2000 ein leichter Rückgang festzustellen.

Grafik 2: Fiskalquoten der OECD-Länder 2007



Quelle: OECD Revenue Statistics 2010

Die Abweichungen der Länderquoten vom OECD-Durchschnitt bleibt über die Zeit recht stabil. Die Unterschiede (wie sie in der Standardabweichung zum Ausdruck kommen) nahmen zwischen 1965 und 1985 zwar zu. Seither hat sich wieder eine gewisse Konvergenz durchgesetzt.

Wie erwähnt ist ein Teil der Unterschiede auf die nach Ländern unterschiedliche Abgrenzung des Staatssektors zurückzuführen. Chardonnens/Saurer (2002) geben einen Überblick über verschiedene definitorische Varianten. Basierend auf ihren Zahlen (für das Jahr 1999) lässt sich beispielsweise feststellen, dass bei einem Einbezug der Prämien im Krankenkassenobligatorium und der Beiträge im obligatorischen Teil der 2. Säule (ca. 40%) sowie der Unfallversicherung und der Familienausgleichskassen die Fiskalquote um 7.6 Prozentpunkte höher ausfallen und den Durchschnitt der OECD übersteigen würde.[3] Werden die ganzen Beiträge an die 2. Säule berücksichtigt, wie es die Economiesuisse (2011) macht, steigt die Schweizer Fiskalquote auf das Niveau der EU15. Zudem ist der Anteil der Entgelte an den Staatseinnahmen in der Schweiz deutlich höher als in den meisten anderen Ländern. Werden die Daten der OECD für die obligatorischen Beiträge an nicht-staatliche Sozialversicherungen und für die Entgelte berücksichtigt (Tabelle 3), übertrifft die Schweiz den Durchschnitt der aufgeführten Länder und liegt nahe beim Durchschnitt der ›alten‹ EU.[4]

Neben institutionellen Unterschieden ist für die Höhe der Fis-

Tabelle 2: Fiskalquoten der OECD-Länder

	1965	1975	1985	1995	2000	2007
Australia	20.5	25.2	27.6	28.0	30.3	29.5
Austria	33.9	36.6	40.8	41.4	43.2	42.1
Belgium	31.1	39.5	44.3	43.5	44.7	43.8
Canada	25.7	32.0	32.5	35.6	35.6	33.0
Chile				19.0	19.4	24.0
Czech Republic				37.6	35.3	37.3
Denmark	30.0	38.4	46.1	48.8	49.4	49.0
Finland	30.4	36.6	39.8	45.7	47.2	43.0
France	34.1	35.4	42.8	42.9	44.4	43.5
Germany	31.6	34.3	36.1	37.2	37.2	36.0
Greece	17.8	19.4	25.5	28.9	34.0	32.3
Hungary				41.3	38.5	39.7
Iceland	26.2	30.0	28.2	31.2	37.2	40.6
Ireland	24.9	28.8	34.7	32.5	31.3	30.9
Italy	25.5	25.4	33.6	40.1	42.2	43.4
Japan	18.2	20.8	27.1	26.8	27.0	28.3
Korea		14.9	16.1	20.0	22.6	26.5
Luxembourg	27.7	32.8	39.4	37.1	39.1	35.7
Mexico			15.5	15.2	16.9	17.9
Netherlands	32.8	40.7	42.4	41.5	39.6	38.7
New Zealand	24.1	28.7	31.3	36.2	33.2	35.1
Norway	29.6	39.2	42.6	40.9	42.6	43.8
Poland				36.2	32.8	34.8
Portugal	15.9	19.1	24.5	30.9	32.8	35.2
Slovak Republic					34.1	29.4
Slovenia				39.2	37.5	37.8
Spain	14.7	18.4	27.6	32.1	34.2	37.3
Sweden	33.4	41.3	47.4	47.5	51.4	47.4
Switzerland	17.5	23.9	25.5	27.7	30.0	28.9
Turkey	10.6	11.9	11.5	16.8	24.2	24.1
United Kingdom	30.4	34.9	37.0	34.0	36.4	36.2
United States	24.7	25.6	25.6	27.8	29.5	27.9
OECD Total	25.5	29.4	32.5	34.4	35.5	35.4
OECD Total (1)	25.5	30.0	33.9	35.6	37.4	36.9
Standardabweichung (1)	6.8	8.2	8.8	7.7	7.2	6.7

1) Nur Länder, für die seit 1965 Daten verfügbar sind.

Quelle: OECD Revenue Statistics 2010

kalquote vor allem das Ausmass in dem der Staat Einkommen umverteilt von Bedeutung. Demgegenüber sind die Unterschiede bei der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen (Service public) gemessen am BIP deutlich geringer (Frick et al. 2007).

Tabelle 3: Fiskalquoten ausgewählter Länder und obligatorische Beiträge an nicht-staatliche Sozialversicherungen und Entgelte, 2007

	Fiskalquote	Beiträge Sozialvers.	Entgelte	Summe
Iceland	40.6	9.0	3.2	52.8
Denmark	49.0	0.3	2.8	52.1
Sweden	47.4		4.3	51.7
Finland	43.0	0.3	5.2	48.5
France	43.5		3.1	46.6
Norway	43.8		2.5	46.4
Belgium	43.8		1.6	45.3
Italy	43.4		1.2	44.6
Austria	42.1		1.9	43.9
Hungary	39.7	0.7	2.9	43.3
Netherlands	38.7		3.3	42.1
Switzerland	28.9	7.3	5.2	41.4
United Kingdom	36.2	0.8	2.8	39.7
Czech Republic	37.3	0.2	1.1	38.5
Spain	37.3		1.2	38.5
Germany	36.0	0.3	1.9	38.2
New Zealand	35.1		3.0	38.1
Portugal	35.2		2.5	37.8
Luxembourg	35.7		1.8	37.5
Poland	34.8		2.3	37.0
Canada	33.0		3.3	36.3
Greece	32.3		1.4	33.8
Australia	29.5		3.1	32.6
Ireland	30.9		1.3	32.2
Slovak Republic	29.4	1.1	1.1	31.6
United States	27.9		1.6	29.5
Korea	26.5		0.6	27.1
Durchschnitt	37.1			40.3
EU15	39.6			42.2

Bei den Entgelten bezieht sich der Wert für Frankreich auf 2002, für die USA auf 2001.
Quelle: OECD Revenue Statistics 2009, 2010

Steuerstruktur

Die OECD weist die Struktur der Steuereinnahmen nach folgenden Hauptkategorien aus: Steuern auf Einkommen und Gewinnen (Position 1000), weiter unterteilt in Steuern auf persönlichen Einkommen (1100) und auf Unternehmenseinkommen (1200), Sozialbeiträge (2000), Steuern auf der Lohnsumme (3000) Vermögens-

Tabelle 4: Anteile der Steuerarten am BIP, 2007

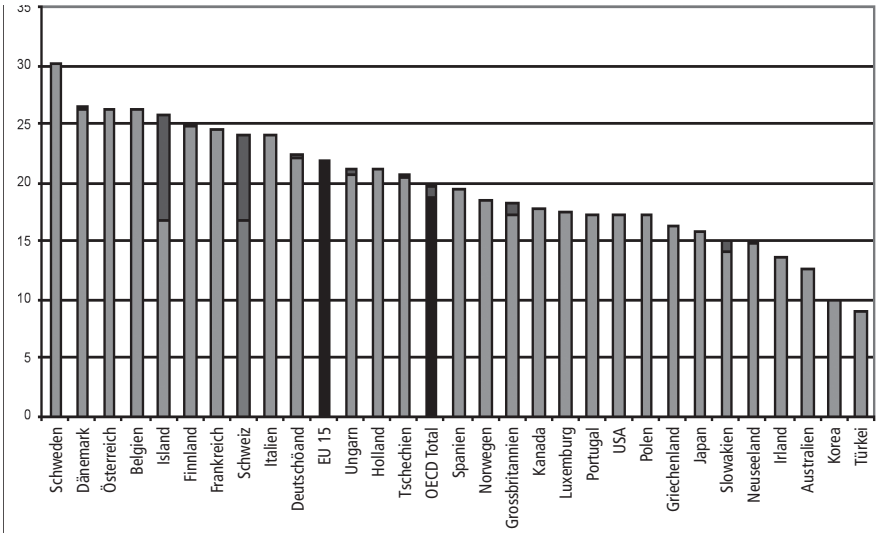
	Persönliches Einkommen	Sozialabgaben	Pers. Eink. und Sozialabgaben (1)	Verbrauch	Unternehmens-einkommen	Vermögen	Übrige
Australia	11.3	-	12.7	8.2	7.1	2.7	-
Austria	9.5	14.2	26.4	11.7	2.4	0.6	0.3
Belgium	12.8	13.6	26.4	11	3.6	2.3	0
Canada	12.4	4.8	17.9	7.9	3.7	3.3	0.1
Czech Republic	4.3	16.2	20.5	11.1	5	0.4	0
Denmark	25.1	1	26.3	16.3	3.9	1.9	0
Finland	13	11.9	24.9	12.9	3.9	1.1	0
France	7.4	16.1	24.7	10.7	2.4	3.5	1.5
Germany	9.1	13.2	22.3	10.6	2.2	0.9	0
Greece	4.7	11.7	16.4	11.4	2.6	1.4	-
Hungary	7.2	12.9	20.7	14.9	2.8	0.8	0.2
Iceland	13.8	3.1	16.9	16.5	2.5	2.5	0.1
Ireland	8.7	4.7	13.6	11.1	3.4	2.5	-
Italy	11.1	13	24.1	11	3.8	2.1	2.6
Japan	5.5	10.3	15.8	5.1	4.8	2.5	0.1
Korea	4.4	5.5	10	8.3	4	3.4	0.8
Luxembourg	7.4	10.2	17.6	9.9	5.4	3.6	0
Netherlands	7.7	13.6	21.3	11.2	3.3	1.2	0.2
New Zealand	15	-	15	11.3	5.1	1.9	0
Norway	9.6	9.1	18.7	12.4	11.3	1.2	-
Poland	5.3	12	17.3	13.3	2.7	1.2	0.2
Portugal	5.7	11.7	17.4	13.7	3.7	1.4	0.1
Slovak Republic	2.5	11.7	14.2	11.3	3	0.4	-
Spain	7.4	12.1	19.5	9.5	4.6	3	0.2
Sweden	14.9	12.6	30.2	12.9	3.8	1.2	0.1
Switzerland	10.2	6.7	16.9	6.5	3.1	2.4	-
Turkey	4	5.1	9.1	11.3	1.6	0.9	0.7
United Kingdom	10.9	6.6	17.5	10.5	3.4	4.5	-
United States	10.8	6.6	17.4	4.7	3.1	3.1	-
OECD Total	9.4	9.1	18.8	10.9	3.9	1.9	0.2
EU 15	10.4	11.1	22	11.6	3.5	2.1	0.3

1) inkl. Lohnsummensteuern
Quelle: OECD Revenue Statistics 2010

steuern (4000), Verbrauchssteuern (5000) und Übrige (6000). In Tabelle 4 wird eine etwas andere Gliederung vorgenommen. Da die Steuern auf persönlichen Einkommen und die Sozialbeiträge in einem Substitutionsverhältnis zueinander stehen (in Ländern wie Australien, Dänemark und Neuseeland werden die Sozialleistungen über Einkommenssteuern finanziert und nicht über Sozialbeiträge) werden sie zusammengefasst. Hinzugezählt werden auch die Steuern auf der Lohnsumme, da sie ökonomisch wie eine Steuer auf den Lohneinkommen wirken[5]; sie weisen ausserdem nur in wenigen Ländern überhaupt ein nennenswertes Ausmass auf.

Es zeigt sich, dass die Schweiz bei den persönlichen Einkommen eine durchschnittliche Belastung (gemessen am Anteil am BIP) aufweist. Bei den Sozialbeiträgen ist diese unterdurchschnittlich, was aber mit der erwähnten Auslassung der Beiträge an die nicht-staatlichen Sozialversicherungen zu tun hat. Werden diese ebenfalls einbezogen, liegt die Schweiz bei der Summe aus Steuern auf persönlichen Einkommen und Sozialabgaben über dem Durchschnitt der EU15 (Grafik 3).[6]

Grafik 3: Anteile der Steuern auf persönlichen Einkommen und der Sozialabgaben am BIP, 2007



Legende: hell = Verbrauchssteuern; oben dunkel = Entgelte.
** Länder ohne Angaben zu Entgelten.*
Bei den Entgelten bezieht sich der Wert für Frankreich auf 2002, für die USA auf 2001.
Quelle: OECD Revenue Statistics 2009, 2010

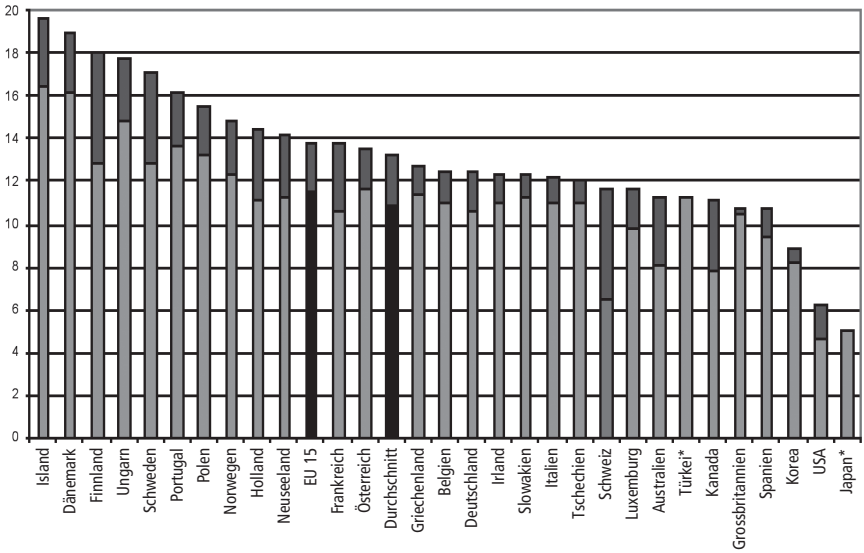
Unterdurchschnittlich ist die Belastung durch Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw.) in der Schweiz (Grafik 4). Auch dieser Befund wird aber relativiert, wenn das hohe Gewicht der Entgelte berücksichtigt wird.[7]

Einen unterdurchschnittlichen Anteil am BIP weisen die Unternehmenssteuern der Schweiz auf (Grafik 5). Wegen der fehlenden Abgrenzung zwischen inländischen und ausländischen Quellen des Steuersubstrats dürfte der Wert sogar noch überhöht sein.[8]

Bei der Vermögenssteuer liegt der Wert der Schweiz über dem Durchschnitt der OECD und der EU15 (Grafik 6). Auch dieser Wert dürfte aber wegen der fehlenden Abgrenzung zwischen inländischen und ausländischen Quellen des Steuersubstrats überhöht sein. Unter anderem sind hier die Einnahmen aus der Stempelabgabe enthalten, die grösstenteils aus dem Wertpapierhandel stammen. Es kann vermutet werden, dass ein beträchtlicher Teil davon im Zusammenhang mit der Verwaltung ausländischer Vermögen anfällt. Das Gleiche gilt für die Verrechnungssteuer.

Die Anteile der einzelnen Steuerarten am BIP geben nur bedingt Hinweise auf die Steuerbelastung der entsprechenden Steuersubstrate, da sie die Unterschiede der Anteile der Steuersubstrate am BIP nicht berücksichtigen. So kann z.B. ein niedriger Anteil der Unter-

Grafik 4: Anteile der Verbrauchssteuern am BIP, 2007



Legende: hell = Verbrauchssteuern; oben dunkel = Entgelte.
** Länder ohne Angaben zu Entgelten.*
Bei den Entgelten bezieht sich der Wert für Frankreich auf 2002, für die USA auf 2001.
Quelle: OECD Revenue Statistics 2009, 2010

nehmenssteuern am BIP entweder auf niedrige Steuersätze oder auf einen niedrigen Anteil der Unternehmensgewinne am BIP zurückzuführen sein. Die Relation der Unternehmensgewinne zu den persönlichen Einkommen ist unter anderem davon abhängig, wie hoch der Anteil der Selbstständigerwerbenden an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung im Vergleich zum Beitrag von Firmen ist. Idealerweise sollten die einzelnen Steuererträge deshalb auf die jeweiligen Steuersubstrate statt auf das BIP bezogen werden.

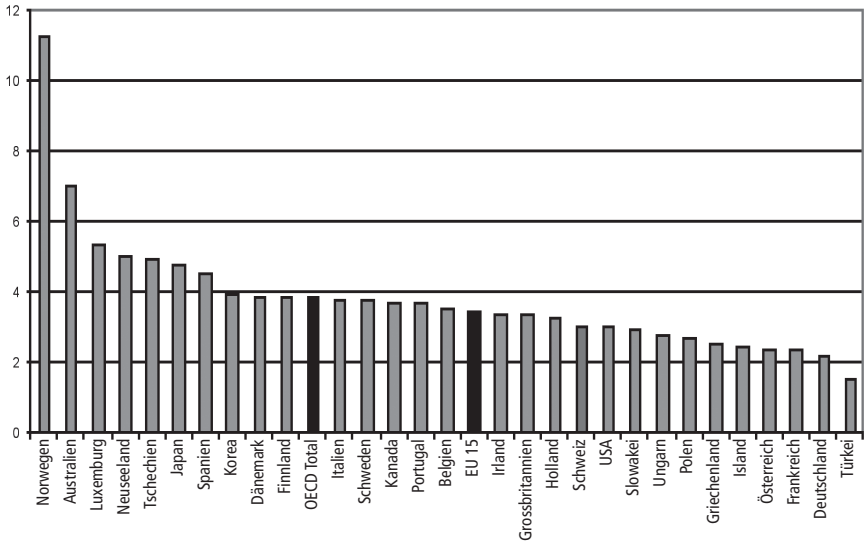
Steuersätze

BAK Taxation Index

Eine andere Vorgehensweise bei einem internationalen Vergleich der Steuerbelastung besteht, wie erwähnt, in der Betrachtung der Steuersätze. Ein Beispiel dafür ist der BAK Taxation Index (BAK 2009a und 2009b). Darin wird die durchschnittliche Steuerbelastung einerseits für ein vergleichbares Unternehmen anderseits für einen Arbeitnehmer mit einem Einkommen nach Steuern von 100‘000 Euro für ausgewählte Regionen ausgewiesen.

Bei der Unternehmenssteuer bestätigt sich der obige Befund einer unterdurchschnittlichen Belastung. Die berücksichtigten 16 Kantone

Grafik 5: Anteile der Steuern auf Unternehmenseinkommen am BIP, 2007



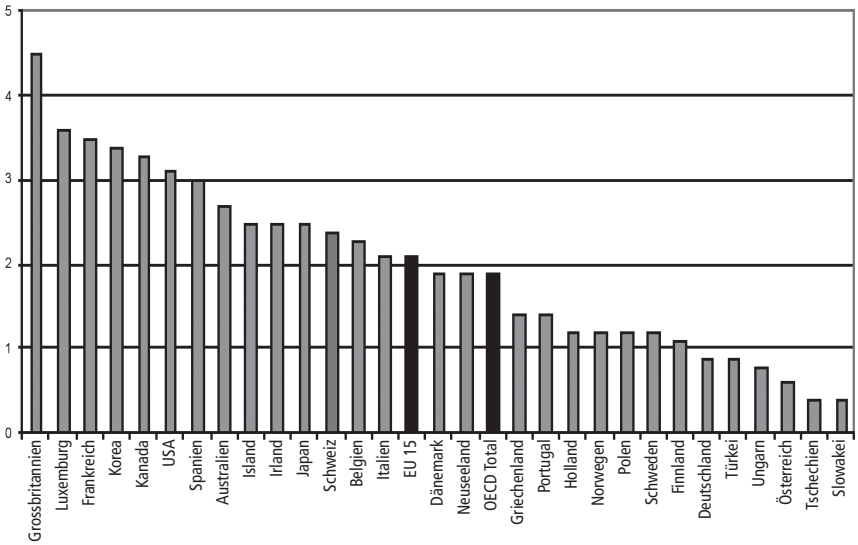
Quelle: OECD Revenue Statistics 2010

(die Angaben beziehen sich auf die Hauptorte) liegen überwiegend am unteren Rand der Skala[9]. Der Durchschnitt der 16 Kantone liegt unter den 20 Regionen mit vergleichbaren Daten auf Platz 3 (nach Irland und der Slowakei) gegenüber Platz 7 gemäss dem Anteil der Unternehmenssteuern am BIP.[10]

Bei der Einkommenssteuer für einen Arbeitnehmer mit einem Einkommen nach Steuern von 100‘000 Euro liegen die berücksichtigten Kantone ebenfalls am unteren Rand der Skala (Grafik 7). Der Kanton Zug mit dem niedrigsten Steuersatz (24.0) wird nur von Singapur (11.6), Hongkong (16.0) und Tschechien (20.9) unterboten. Da die Steuersätze in der Schweiz auch nach Gemeinden unterschiedlich sind, wird der Wert von Zug vom niedrigsten Wert des Kantons Schwyz (20.4) noch unterschritten. Der Durchschnittswert der berücksichtigten Kantone (31.4) liegt unter den 20 betrachteten Regionen auf Platz 4, gegenüber Platz 8 gemäss dem Anteil der Einkommenssteuern am BIP. Beim Vergleich dieser Werte ist zu beachten, dass der Anteil der Einkommenssteuern am BIP auch durch Unterschiede im Anteil der Einkommen am BIP beeinflusst sein kann. Zudem ist die Progressivität der Einkommenssteuer von Bedeutung. Je höher der Anteil der Einkommen am BIP und je flacher die Steuerprogression, um so höher ist der Anteil der Einkommenssteuern am BIP bei einem gegebenen Steuersatz für die von der BAK berücksichtigten Einkommensklasse. Schliesslich kann der Wert für die betrachteten Regionen vom Landesmittel abweichen.

Die Steuerbelastung hoher Einkommen in der Schweiz ist also im

Grafik 6: Anteile der Vermögenssteuern am BIP, 2007



Quelle: OECD Revenue Statistics 2010

internationalen Vergleich – vor allem bei entsprechender Wahl der Steuerwohnsitzes – deutlich niedriger als die eines Durchschnittseinkommens. Kommt hinzu, dass die Belastung mit nicht-staatlichen Sozialversicherungen (Kopfprämien der Krankenkassen) sowie Verbrauchssteuern und Entgelten (Taxen, Gebühren usw.) mit steigendem Einkommen abnimmt.

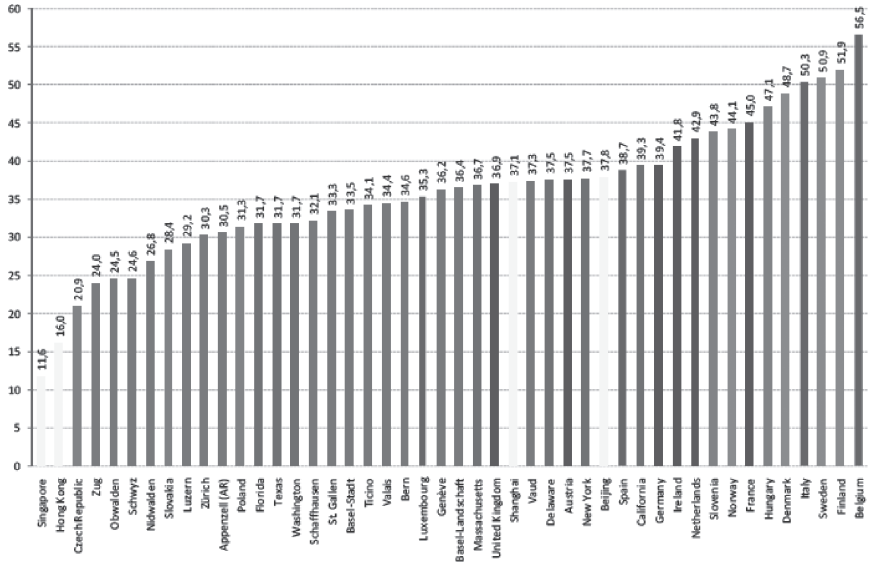
Steuerbelastung in den Kantonshauptorten
Die beträchtlichen Unterschiede der Besteuerung durch die Kantone kommen auch in der von der Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) herausgegebenen Publikation zur Steuerbelastung in den Kantonshauptorten zum Ausdruck (BFS 2010). Um einen Vergleich mit dem BAK Index machen zu können, beschränken wir uns hier auf die Betrachtung eines Ledigen mit einem Bruttoarbeitseinkommen von Fr. 150‘000. Die Steuerbelastung (ohne Sozialbeiträge und Bundessteuern) bei diesem Einkommen ging 2009 von Fr. 14‘058 (9.4%) in Zug bis zu Fr. 32‘302 (21.5%) in Neuchâtel mit einem Mittelwert von Fr. 24‘060 (16.0%).

Fazit

Bei all den verschiedenen Vorbehalten, die oben erwähnt sind, ergibt sich für die Steuern der Schweiz folgendes Bild:

- Bei der Belastung der Masseneinkommen durch Einkommenssteuern, Sozialabgaben, Verbrauchssteuern und Entgelte (Taxen, Ge-

Grafik 7: BAK Taxation Index 2009 auf den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte, verfügbares Einkommen von EUR 100'000, alleinstehender Arbeitnehmer, in %

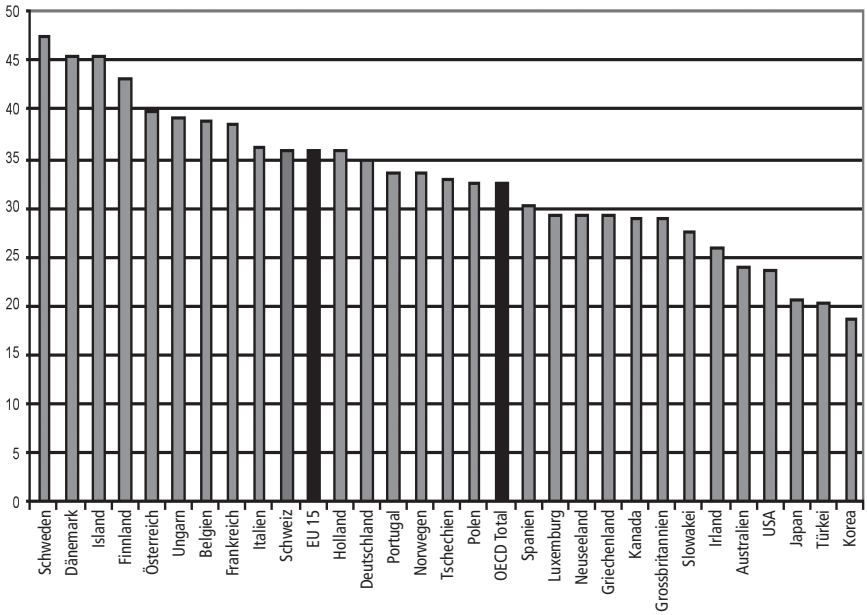


Quelle: BAK (2009a)

bühren usw.) ist die Schweiz im internationalen Vergleich keineswegs das Steuerparadies, das die einfachen Fiskalquoten suggerieren. Im Gegenteil liegt sie leicht über dem Durchschnitt der OECD-Länder und im Gleichstand mit der EU15 (Grafik 8). Für hohe Einkommen ist die Schweiz steuerlich indessen durchaus attraktiv.

- Unterdurchschnittlich ist in der Schweiz die Unternehmenssteuer sowohl im Vergleich zur OECD als auch gegenüber der EU15.[11] Wegen dem erwähnten Problem der ausländischen Einkommen, die im Steuersubstrat der Schweiz enthalten sind, ist die ausgewiesene Quote erst noch überhöht. Auch hier bestehen zwischen den Kantonen erhebliche Unterschiede, die vor allem für Holdinggesellschaften, die ihren Standort relativ ungebunden wählen können, von Interesse sind.
- Das Problem der Herkunft aus dem Ausland relativiert auch die überdurchschnittliche Quote der Schweiz bei der Vermögenssteuer.

Grafik 8: Anteile der Einkommenssteuern, Sozialabgaben, Verbrauchssteuern und Entgelte am BIP, 2007



** Länder ohne Angaben zu Entgelten.*
Bei den Entgelten bezieht sich der Wert für Frankreich auf 2002, für die USA auf 2001.
Quelle: OECD Revenue Statistics 2009, 2010

Literatur

BAK (2009a):BAK Taxation Index 2009, Executive Summary, (www.bakbasel.ch/downloads/services/reports_studies/2010/20100202_bakbasel_taxation_index_2009_execsum_dt.pdf)

BAK (2009b): Medienmitteilung ›BAK Taxation Index 2009 für hochqualifizierte Arbeitskräfte‹. (www.bakbasel.ch/downloads/services/news_media/media/medienmitteilungen/2010/20100209_bakbasel_zew_mm_taxindex_2009_manpower_dt.pdf)

BFS (2010): Steuerbelastung in der Schweiz. Kantonshauptorte – Kantonsziffern 2009,Neuchâtel.(http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00075/00076/00720/01084/index.html?lang=de)

Chardonnens/Saurer (2002): Fiskal-, Steuer- und Staatsquoten – eine Auslegeordnung, Die Volkswirtschaft, Nr. 2.

Economiesuisse (2011): Fiskalquote der Schweiz: Der Schein trügt, Dossierpolitik, Nr. 2, 21. Februar.

Frick, A., Hartwig, J. und A. Wirz (2006): Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Service public in der Schweiz, Studie im Auftrag der Ebenrain-Konferenz, KOF, ETH Zürich.
www.kof.ethz.ch/news/doc.php?did=1032&tid=2

OECD (2010): Revenue Statistics 1965-2009, http://dx.doi.org/10.1787/rev_stats-2010-en-fr.

Anmerkungen:

1 Der Anstieg des Anteils der Ertragssteuern um 3% zwischen 2005 und 2007 ist auf eine markante Erhöhung der Unternehmensgewinne in den Jahren 2005 und 2006 zurückzuführen (vgl. den Beitrag zur Besteuerung von Unternehmen von Beat Ringger). Inwiefern diese Entwicklung nach der Überwindung der jüngsten Krise anhält, muss sich noch zeigen.

2 Die angegebenen Durchschnittswerte sind jeweils ungewichtete, arithmetische Durchschnitte.

3 Nach den aktuellen Daten der OECD betrug die Fiskalquote der Schweiz 1999 28.7%, und der OECD-Durchschnitt belief sich 35.3%

4 Als Entgelte wurden die OECD-Angaben unter der Rubrik ›Sales of goods and services‹ übernommen; da diese Angaben nicht für Doppelzählungen bereinigt sind, dürften sie allerdings überhöht sein (z.B. Rückvergütung von Spitaltaxen durch die Krankenkassen). Nicht aufgeführt sind die Länder, für die dazu keine Angaben vorhanden sind. Wo keine Werte für die obligatorischen Beiträge an nicht-staatliche Sozialversicherungen angegeben sind, wird angenommen, dass keine solchen erhoben werden.

5 Für die Unternehmen sind die gesamten Lohnkosten entscheidend. Es macht keinen Unterschied, ob die Sozialbeiträge von ihnen bezahlt werden oder von den Beschäftigten, da sie im zweiten Fall bereit wären, entsprechend höhere Löhne zu zahlen.

6 Aus der OECD Publikation ist nicht ersichtlich, ob bei den Krankenkassenprämien die Prämienverbilligungen abgezogen werden. Da das Bundesamt für Sozialversicherungen Nettoprämien ausweist, dürfte dies auch bei der OECD der Fall sein. Andernfalls wäre der Anteil in Grafik 3 um 0.7 Prozentpunkte zu vermindern; er würde damit aber immer noch über dem Wert der EU15 liegen.

7 Es sei allerdings daran erinnert, dass die Entgelte nicht für Doppelzählungen bereinigt und deshalb überhöht sind.

8 Der hohe Wert für Norwegen ist auf Einnahmen aus der Ölförderung zurückzuführen. Auch im Fall von Australien dürfte der hohe Wert rohstoffbedingt sein.

9 Genaueres zu den Unternehmenssteuern findet sich im entsprechenden Beitrag von in diesem Buch.

10 Die Rangfolgen dieser beiden Werte können voneinander abweichen, da, wie erwähnt, der Anteil der Unternehmenssteuern am BIP neben dem Steuersatz auch vom Anteil der Gewinne am BIP abhängt.

11 Wird der OECD-Mittelwert ohne Norwegen und Australien berechnet, ergibt sich mit 3.5% die gleiche Quote wie für die EU15.